

Annoncen-Bureau:
Dr. Pozen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ullrich & Co.
Breitstraße 14.
Gnesen bei Th. Spindler,
Grätz bei L. Strießner,
Breslau bei Emil Habath.

Zosener Zeitung.

Neunundsechzigster Jahrgang.

Nr. 176.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Pozen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Amtliches.

Berlin, 9. März. Der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reichs den früheren Konsul in Marseille A. Lettenborn zum Konsul des deutschen Reichs in Smyrna ernannt.

Vom Landtage.

23. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 9. März, 11 Uhr. Am Ministerial-Fall, Achenbach, Ministerialdirektor Weißhaupt, Geh. Rätte Rappmund, Ritter, Dahmen, v. A.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Abg. Carlski, indem er sich auf ein dem Hause eingegangenes Schriftstück von Großgrundbesitzern der Provinz Westpreußen bezieht, gegen seine Anerkennung vom 25. Februar protestieren und erklären, daß sie die Sendung des Regierungskommissars Rex zur Überwachung der polnischen Agitation mit großer Bevredigung aufgenommen hätten. Er habe durchaus nun nicht behauptet, daß eine Auffassung von der ganzen Provinz getheilt werde, daß sie aber in weiten Kreisen getheilt werde, gehe aus einem Artikel der "Danziger Zeitung" vom 26. Februar hervor, der in Bezug auf jenen Regierungskommissar bemerkt: "Wir bekämpfen gleichfalls energisch die früher von der Regierung und ihren Organen aufgesetzten Sonderbestrebungen unserer Landsleute polnischer Zunge, aber wir haben eine Abneigung gegen Alles, was nach Schimpfpolizei und derartigen schmeckt."

Das Haus setzt die Budgetberatung mit dem Etat der Eisenbahnverwaltung fort.

Beim Titel 2 des Kapitel 22 (Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn-Hauptkassen- und Bureaupersonal) referirt Abg. Dr. Hammacher über zahlreiche Petitionen von Eisenbahnbeamten. Über eine Petition der Schaffner um Einkommens- und Verlängerung der Kündigungsfrist beantragt die Budgetkommission Übereinigung zur Tagesordnung, da der jetzige Zeitpunkt mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage der ungeeignete sei, um die Aufbesserung der Gehälter. Auch müsse man berücksichtigen, daß die Beamten der Staatsbahnen besser gestellt seien, als die der Privatbahnen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich erkenne an, daß die eingesprochenen Einnahmen zur äußersten Sparstufe auffordern, doch muß man zulassen, daß am wenigsten bei dem Personal gespart werden darf. Dagegen sprechen einmal allgemeine Gründe, dann aber der Uraufstand, das Personal so viel an Gütern und Menschen anvertraut und von demselben so viel verlangt wird. Die große Verantwortlichkeit und die hohen Anforderungen, die man an jene Beamten stellt, verlangen, daß dafür angemessene Gegenleistungen gewährt werden. Ich schaffe feiner, daß diese Beamten eine größere Kündigungsfrist bekommen; die Privatbahnen werden sich dann diesem Vorgehen anstellen müssen. Ich beantrage daher, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Berger wünscht eine Erhöhung der Gehälter, gleichzeitig eine Verminderung des Beamtenpersonals. Ein sehr wunderbarer eine leidet daran, daß die Staatsbahnen genötigt seien, Militärs in großer Masse anzustellen, ohne Rücksicht darauf, ob die Kompagnie hinreichend qualifiziert sind für den Dienst. Es werde damit ein unsicheres Militärbudget neben dem sichtbaren geschaffen, das sich jeder Kontrolle von Seiten des Landtags entziehe. Sehr interessant sei die Statistik über die Höhe der persönlichen Ausgaben; nach denselben betrügen dieselben für Staatsbahnen 7,7 Prozent, für Privatbahnen mit Staatsverwaltung 6,6 Prozent, für Privatbahnen mit Staatsverwaltung dagegen nur 5,8 Prozent der gesamten Ausgaben; somit stellen sich die persönlichen Ausgaben bei den Staatsbahnen bedeutend höher als bei Privatbahnen, eine Thatache, die bei der großen Eisenbahnfrage, die das Haus demnächst beschäftigen werde, sicherlich werden können.

Reg.-Kommissar Ministerial-Direktor Weißhaupt weist darauf hin, wie schwierig eine allgemeine Vergleichung der Ausgaben bei den verschiedenen Eisenbahnen sei und sucht auf Grund offizieller statistischer Befunde über die einzelnen Bahnen nachzuweisen, daß die Staatsbahnen in Bezug auf die Ausgaben sich durchaus nicht schlechter stellen, als die Privatbahnen.

Handelsminister Dr. Achenbach belagt das Verfahren des Hauses, der Regierung fortwährend Resolutionen zu überweisen, die in den verschiedenen Jahren oft direkt widersprüchen. Durch Nebenstellung solcher Petitionen zur Erwiderung wölfe man die Last auf die Schultern des Ministers, und erzeuge unnötigerweise Unruhe unter den Beamten, deren Bitterkeit sich dann gegen den Minister richtet. Wenn man eine Erhöhung des Gehalts für nötig halte, so möge man in einerseits können nach den stattgehabten Untersuchungen und den in England angestellten Ermittlungen, wo die Gehälter dieser Beamten niedriger seien als bei uns, keinerlei Bedürfnis zu einer Erhöhung der Befolgerungen anerkennen.

Abg. Berger verteidigt das Haus gegen den Vorwurf der Inkonsequenz, der von Seiten des Ministers in Bezug auf die Beschlüsse verschiedener Petitionen gemacht worden. Das Haus habe seiner Zeit dem Vorschlag der Regierung auf Einführung der Wohnungsgeldzuschüsse zugestimmt, aber andererseits auch unberechtigte Petitionen festsurückgewiesen.

Das Ammentum Windthorst wird hierauf abgelehnt, der Antrag der Kommission auf Tagesordnung angenommen.

Es folgt eine Petition von Zugführern um Erhöhung ihres Einkommens, namentlich des Wohnungsgeldzuschusses. Referent Dr. Hammacher weist auf die verantwortliche Stellung der Zugführer hin, sowie darauf, daß zu derselben nur die lüftigen, energischwesten und pflichttreuen Beamten verwendet werden könnten, und beantragt Namens der Budgetkommission, die Petition, soweit dieselbe die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses betreffe, der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Dr. Petri befürwortet diesen Antrag. Das Haus tritt derselben bei; dagegen geht es über eine Reihe anderer Petitionen von Eisenbahngraphisten, Wagenmeistern, Stationsassistenten, Staatsbeamten zweiter Klasse, Kanlisten, Betriebs- und Eisenbahnssekretären auf Antrag der Kommission ohne Diskussion zur Tagesordnung über.

Titel 2 selbst wird bewilligt, ebenso ohne Debatte Titel 1 bis 11.

Bei Titel 15 (Miete für fremde Wagen) beschwert sich Abg. Windthorst (Meppen) über die gegenwärtige Methode der Vermietung in den Personenzügen. Auf den Bürgen nach Köln und nach Frankfurt findet die Heizung in der Weise statt, daß ein Gefäß mit

Freitag, 10. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die schriftgestaltete Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 18 Uhr nachmittags angenommen.

1876.

Prezkohlen unter den Sitz geschoben wird. Dadurch entsteht aber ein Kohlendunst, der besonders in der Nacht bedenklich ist, wo man nicht genügend aufpassen kann, wann etwa die Fenster zu öffnen sind. Wenn man im gewöhnlichen Leben eine peinliche Lage schulden will, so sagt man: ich sitze auf Kohlen. Hier aber mutet uns die Regierung zu, daß wir lange Strecken weit auf Kohlen sitzen sollen. (Heiterkeit). Ich bitte den Minister dringend, uns sehr bald aus dieser peinlichen Lage zu befreien.

Regierungskommissar Ministerialdirektor Weißhaupt: Es existieren verschiedene Methoden der Heizung von Coups; praktisch zur Anwendung kommt insbesondere die Dampfheizung und die durch Prezkohle; eine jede Methode hat ihre Vorteile und Mängel. Peinlich und gefahrlos ist die Heizung durch Kohle nur dann, wenn die Kohlenbehälter undicht sind. Die Staatsregierung hat in dieser Anordnung getroffen, daß die Dichtigkeit der Behälter überall untersucht und festgestellt werde.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich halte entschieden die Dampfheizung für die bessere und wünsche, daß die Heizung mit Prezkohlen ohne Weiteres abgeschafft werde. Auf meinen Reisen habe ich die Behälter immer undicht gefunden, und mir wenigstens sind, wenn man eine andere Heizung in Anwendung bringt, kalte Coups noch lieber als die durch Kohlen geheizt.

Der Titel wird genehmigt.

Zu Tit. 17: "Steuern, Kommunalabgaben und öffentliche Lasten" spricht Abg. Hammacher den dringenden Wunsch aus, daß die Regierung sobald als möglich dem Landtage eine Vorlage über die Regulierung der Kommunalbesteuerung bezüglich der Eisenbahnen vorlege.

Handelsminister Achenbach: Es ist diese Materie bekanntlich eine außerordentlich schwierige. Die Regierung ist damit beschäftigt, eine Gesetzesvorlage zur Regelung der Kommunalbesteuerung auszuarbeiten. Die Vorbereitungen sind ihrem Abschluß nahe und wird der Gesetzentwurf, wenn auch nicht mehr in dieser, so doch bestimmt in nächster Session dem Hause vorgelegt werden.

Die Position wird bewilligt.

Zu Kap. 25 ("Westfälische Bahn") beantragt Abg. Berger: die Königliche Staatsregierung aufzufordern: 1) bei Feststellung der speziellen Pläne für die durch das Gesetz vom 17. Juni 1874 genehmigte Eisenbahn von Dortmund nach Oberhausen resp. Sterkrade nebst Bremervorwerkbahnen thunlichst die Mitbenutzung der vorhandenen Eisenbahnlinien zu suchen und zu diesem Zwecke eventuell die §§ 27 ff. des Gesetzes vom 3 November 1838 in Anwendung zu bringen, auch nötigenfalls diese Gesetzesbestimmungen auf Grund der gewonnenen Erfahrungen einer sachgemäßen Reform zu unterziehen; 2) spätestens bei Eröffnung des Betriebes auf der laut Gesetz vom 17. Juni 1874 auszuführenden Eisenbahn von Dortmund nach Oberhausen resp. Sterkrade den Sitz der Direktion der Westfälischen Staatsseisenbahn von Münster auf einem Orte zu errichten, welcher Industriebezirk zu verlegen.

Nach Befürwortung des Antrages durch den Abg. Hammacher und Berger erklärt die Regierung sich mit dem ersten Theil desselben einverstanden, während sie über den zweiten sich noch eine weitere Erwähnung vorbehalten müsse.

Abg. Vassler hält es für äußerst bedenklich, die hochwichtige Frage, ob die Verwaltung zentralisiert werden oder lokal bleiben sollte, bei diesem Anlaß zu entscheiden; das Haus werde noch in dieser Session Gelegenheit haben, die Sache primitiv zu behandeln.

Abg. Berger zieht hierauf die Nr. 2 seines Antrages zurück.

Die Nr. 1 desselben wird vom Hause angenommen.

Zu Kap. 27 ("Hannoversche Bahn") richtet der Abg. Laue ein in die Anfrage an die Regierung, in welchem Stadium sich die Angelegenheit des Ebbrookbaues zu Hörnigkow befindet.

Handelsminister Achenbach: Die Verhandlungen hierüber werden in kürzer Zeit zu einem endgültigen Abschluß gebracht sein und sind bereits alle Vorbereitungen zur Inangriffnahme des Baues getroffen.

Die Positionen dieses Kapitels werden genehmigt.

Zu Kap. 32 Tit. 4 ("Binzwischen für die Hinterpommersche Eisenbahn") beschwert sich Abg. v. Wedell-Malchow über die mannigfachen Missstände, denn das Publikum bei der Berlin-Stettiner Bahn ausgelebt sei und legt der Regierung dringend ans Herz, zu erwägen, ob es nicht der einzige richtige Weg sei, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, daß der Staat möglichst bald diese Bahn übernehme, sei es im Wege des Abkommens mit der Berlin-Stettiner Gesellschaft oder auf eine andere Weise.

Abg. Schmidt (Stettin) bedauert, den ungerechtfertigten Vorwürfen des Vorredners gegen die erwähnte Bahn nicht sachlich entgegentreten zu können, da diese Vorwürfe nach keiner Richtung hin präzisiert seien. Ganz ungerechtfertigt sei es daher, aus denselben ein Motiv zum Anlauf der Bahn durch den Staat herzuleiten.

Abg. von der Goltz: Annahme eine Reise thut, so kann er was erzählen. (Sehr wahre Heiterkeit.) In dieser Lage bin ich der Berlin-Stettiner Eisenbahn gegenüber, wenn auch meine Erfahrungen keineswegs angenehmer Natur waren. Bekanntlich ist der Eisenbahnkörper zwischen Stettin und Alt-Damm durchbrochen. Als ich am letzten Sonntag nach Hinterpommern reisen wollte, wurde mir am Schalter die bestimmte Zustellung gegeben, daß der Bockebel nicht unterbrochen sei, und ich bin hier ein durchgehendes Billet bis Schivelbein. In Stettin angesommen, erfuhr ich zunächst, daß die Wagen nach Damm bereits seit einer Stunde abgegangen seien. Wir mußten somit eine geraume Zeit warten, erhielten aber die bestimmte Zusage, daß der nächste Zug in Damm auf die von Stettin kommenden Personen wartet und sie weiter befördern werde.

In Damm aber mußten wir es richtig erleben, daß der Zug nach Schivelbein 20 Minuten vor unserer Ankunft abgezogen war. Ich telegraphierte an die Direktion nach Stettin, welche erwiderte, wir müßten die Fahrt in Damm bleiben und würden am nächsten Morgen befördert werden. Der Bahnhofsposten zu Damm, der den Zug zu führen abgehen lassen, erklärte, als ich das Beschwerdebuch vorwarf, daß könne er nicht vorlegen; denn es könnten darin unmbare Beschwerden eingetragen werden.

(Große Heiterkeit!) So mein Herren, habe ich zu dieser Reise, die ich in fünf Stunden zurücklegen gebraucht, 26 Stunden gebraucht. Eine derartige Wirtschaft ist ein solches Benehmen der Beamten kann ich nur als eine Verwandlung und grobe Rücksichtlosigkeit gegen das Publikum bezeichnen. (Sehr wahr!) Solche Dinge werfen eine Signatur auf das Eisenbahnwesen überhaupt. (Widerspruch links.) Man sollte meinen daß das Reichseisenbahnamt dazu da wäre, derartigen Missständen abzuheben; aber von der Täglichkeit dieses Instituts merkt das Eisenbahnwesen spottwenig. Das einzige,

was von seiner Täglichkeit laubar geworden ist, war die Tariferhöhung. Ich kann mich wünschen des Abg. v. Wedell von Herzen nur anschließen, der Staat möglichst bald diese gesammelte Bahn übernehmen möge, um der Unterchied zwischen der Verwal-

tung dieser Privatbahn und einer Staatsbahn ist mir recht fühlbar geworden, als ich meine Rückreise auf der Ostbahn hier mache.

Abg. Lascher: Ich habe lebhafte Sympathie mit den Erlebnissen des Vorredners, aber für den großen Grundfaß, daß wir alle Privatbahnen anlaufen müßten, können sie doch nicht maßgebend sein. Wenn jede Bahn es in ihren Händen hätte, durch möglichst schlechte Behandlung des Publikums das Parlament zu ihrem Anfang zu bestimmen, dann wären alle Privatgesellschaften mit einem Male aus ihrer Not. (Heiterkeit.) Wir werden ja später Gelegenheit haben, diese Frage gründlich und nach allen Richtungen zu erwägen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich kann die Ausführungen des Abg. Lascher nur billigen und muß die Behauptung, daß die Rückseite für das Publikum auf den Staatsbahnen eine größere sei, bestreiten. Ich habe selbst zwei Mal auf Bahnen, die unter Staatsaufsicht standen, den Fall erlebt, daß die Are in Gluth war und habe nur dadurch das Ausstrahlen des Wagens erreicht, daß ich an den Minister Achenbach zu schreiben drohte. (Heiterkeit.) Will man eine musterhafte Administration sehen, dann siehe man die Administration und das Personal der Köln-Mindener Bahn, bei der dies besonders im Gegensatz zu den Rheinischen Bahnen auffällt. Ich wünschte nur, daß auf allen Bahnen in dieser Weise gehandelt würde. Dann aber muß ich die Anklagen gegen das Reichseisenbahnamt zurückweisen. Obgleich ich gegen die Einrichtung dieses Amtes aus wohlbekannten Gründen war und noch bin, so muß ich doch konstatiren, daß dasselbe auf etwaige Beschwerden in der bereitwilligsten Weise Rücksicht nimmt und wirklich nützlich thätig ist. Man muß dabei natürlich berücksichtigen, daß dieses Amt nicht weiter geben kann, als seine Kompetenz reicht.

Die Positionen dieses Kapitels werden hierauf genehmigt.

Zu Kap. 33 (Zentralverwaltung und Eisenbahnen) beschwert sich Abg. Kalle über die häufigen in letzterer Zeit durch so langen Gebrauch der Schienen entstandenen Achsenbrüche, sowie über die schlechte Heizung der Personenzüge.

Ministerialdirektor Weißhaupt hätte gewünscht, daß diese Beschwerde einzeln der Staatsregierung zur Prüfung unterbreitet worden wären, da die Hauptansprüche der erbrachten Beweis nicht als feststehend betrachtet werden könnten.

Abg. Kalle erklärt, er sei zur Vorbringung der Beschwerden im Hause veranlaßt worden, durch die Klagen über den mangelnden Einfluß des Reichseisenbahnamtes, den er stärken wolle.

Die Titel 1—5 werden bewilligt.

Zu Tit. 6 (Eisenbahnkommissariate 100,275 M.) wünscht Abg. Lipke, daß die Eisenbahnkommissariate von den Direktionen getrennt werden, da beide Ämter in einer Hand vereinigt Unzuträglichkeiten verursachen.

Sämtliche Titel der dauernden Ausgaben werden bewilligt.

Beim Extraordinarium Kap. 10 Tit. 10 (Westfälische Bahn) weist Abg. Schulz (Bielefeld) darauf hin, daß der Bau von Eisenbahnen auf die Arbeiterverhältnisse in den Gebirgsgegenden den wohltätigsten Einfluss übe und bittet den Handelsminister, die Prüfung der Vorarbeiten für die durch die Kreise Wittgenstein und Bielefeld zu bauende Bahn beschleunigen zu wollen.

Beim Extraordinarium für die Ostbahn macht Abg. Berger geltend, daß das glänzende Resultat des Mehrüberschusses von 22,300,672 M. in dem Gesamtetat der Eisenbahnen für das Jahr 1876 aus dem Minderansatz der extraordinaire Ausgaben resultire und daß die wohlwollenden Absichten des Handelsministers für Unterhaltung der Baulichkeiten und Neubauten namentlich an der Ostbahn von dem Finanzminister bereitstehen werden sollen.

Handelsminister Dr. Achenbach entgegnet, daß sich auch die Ausgaben des Handelsministeriums nach der allgemeinen Finanzlage des Landes richten müssen, daß die ausgeführten Beträge genügen und daß bei der Ostbahn die Anlage neuer Stationen nur durch die Verhandlungen mit den Beteiligten verzögert werden sei.

Sämtliche Titel des Extraordinariums werden genehmigt und damit ist der Etat der Eisenbahnverwaltung erledigt.

Hierauf verläßt das Haus um 3 Uhr die Fortsetzung der Staatsberatung bis Freitag 10 Uhr (Etat des Kultusministeriums).

Parlamentarische Nachrichten.

* Die Wahlen der Abgeordneten v. Carlski und Osterath (Bentheim) in dem Wahlkreis Konitz-Schlochau sind von der zweiten Abteilung des Abgeordnetenhauses für ungültig erklärt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 9. März.

Wie die "Voss. Zeit." meldet, fand am 8. ds. in der Redaktion der "Germania" durch den Kriminal-Inspektor Bick, welcher in Begleitung zweier anderen Kriminalbeamten erschienen war, eine Haussuchung nach den Manuskripten der (von uns erwähnten) Korrespondenz von Hohengandern durch den ehemaligen Bischof von Warborn, und des Hirtenbriefs des ehemaligen Fürstbischofs von Breslau, Dr. Förster, statt. Die gesuchten Skripturen wurden nicht gefunden und nahm der Kriminal-Kommissar nur zwei Klubs mit, in welchen vermutlich beide Korrespondenzen eingegangen sind.

Wie verlautet, wird der Ausschuss des landwirtschaftlichen Kongresses am 3. Mai zusammenentreten, um sich über die Frage schlüssig zu machen, ob mit Rücksicht auf die vor Kurzem vollzogene Bildung der "Bereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer" es nicht am zweckmäßigsten sei, den Kongress ganz aufzulösen und demgemäß auch die auf August d. J. nach Heidelberg ausgeschriebene Versammlung desselben rückgängig zu machen. Nachdem in dem Ausschusse des Kongresses das agrarische Element seit Jahresfrist das Übergewicht behauptet — ein Umstand, der bekanntlich vor kurzer Zeit die anders gesinnten Mitglieder des Ausschusses zum Rücktritt bewogen

— Der Bundesrat hielt am 6. d. M. eine Sitzung, in welcher er sich außer mit einer Reihe von Verwaltungsaangelegenheiten mit dem Berichte der Kommission zur Begutachtung der Frage weiterer Nordpolarforschungen beschäftigte. Die Kommission, welche vorwiegend aus wissenschaftlichen Sachverständigen bestand, hatte entschieden gegen die Fortsetzung der Nordpolarforschungen in der bisherigen Weise Einspruch eingelegt, zugleich aber ihrerseits einen Plan vorgelegt, demzufolge zunächst die Errichtung von Beobachtungsstationen in den Polargegenden in Verbindung mit gelegentlichen von den Stationssorten aus zu unternehmenden kleineren Expeditionen der einzige Weg zu einer den Anforderungen der Wissenschaft genügenden Erforschung des Nordpolos sein würde. Die Kommission war dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß diese Forschungen ausschließlich von und auf Kosten des Reiches auszuführen seien. Die Reichskommission hat natürlich nicht verkannt, daß der vor ihr empfohlene Erforschungsplan der Zusammensetzung der Nationen bedürfe, drang aber darauf, daß deutscherseits durch ein rasches Vorgehen das Gebiet auf dem sich die deutschen Nordpolarexpeditionen bewegt haben, durch Errichtung einer Anzahl Stationen überdeckt werde. Die definitive Feststellung des Erforschungsplanes wollte die Kommission einer weiteren Kommission vorbehalten, an welcher außer den Vertretern der Naturwissenschaften auch Sachverständige für den nautischen Theil des Unternehmens zugezogen werden sollen. Wie nun der „Weseritz“ geschrieben wird, hat der Bundesrat sich im Wesentlichen mit den Vorschlägen der Reichskommission einverstanden erklärt.

— Es hat sich hier, wie der „Börs.-C.“ schreibt, ein Komitee gebildet, dem notable Persönlichkeiten aus wissenschaftlichen, künstlerischen und kaufmännischen Kreisen angehören, um die glückliche Errichtung des Fürsten Bismarck von dem Kullmann'schen Attentat in Rücksicht durch die Errichtung eines monumentalen Schmiedes in dem von aller Welt besuchten Heilort zu verewigen. Das Komitee hat den Bildhauer Manger mit der Herstellung einer Kolossalstatue von 15 Fuß Höhe beauftragt. Gegenwärtig liegt die Genehmigung des Planes dem König von Bayern vor, dessen Erlaubnis zur Aufstellung des Denkmals natürlich vor allen Dingen erforderlich ist.

Hannover, 6. März. Die Landessynode hat bekanntlich die protestantischen Vereine in den Bann gehan. Die Ortsprotestantischen Vereine von Hannover, Osnabrück, Hildesheim, Hameln, Harburg, Minden, Quakenbrück, Bramsche, Badbergen, Menslage, Alsfeld, Salzkotten, Hetteln und Sulingen haben sich nun zu einer gemeinsamen Verwahrung dagegen geeinigt. Die wesentlichsten Sätze der betreffenden Erklärung lauten wie folgt:

1. Wir stehen in völligem Einklang mit den Statuten des allgemeinen deutschen Protestantischenvereins, fest und unentwegt auf dem Grunde des evangelischen Christenthums, d. i. auf dem Evangelium von Christo als der begeistigenden Kraft Gottes, den wir im Geist und in Wahrheit anbeten.

2. Wir stehen in völligem Einklang mit der heil. Schrift, fest und unentwegt auf den Grundlagen der Reformation: freie Forschung, freier Glaube, allgemeines Priesterthum.

3. Wir protestieren deshalb vor Gott und den Menschen gegen die von der Landessynode erhobene Verdächtigung, als ob wir Angreifer und Verübler des Fundamentes der Kirche seien.

4. Wir klagen vielmehr die Landessynode des Abfalls vom Geiste der Reformation an, da sie an der Stelle des Evangeliums von Christo, als des alleinigen Gottes, willkürlich den Bekennnisschriften entnommene Lehrlinge, also Menschenfassungen, zum Fundament unserer Kirche u machen versucht hat.

5. Wir erklären, als volle und gleichberechtigte Mitglieder unserer evang. Kirche, daß wir in Bechtigung ihres Fundamenten die arg bebrochte Glaubens- und Gewissensfreiheit gegen jede Anfechtung seitens einer herrschsüchtigen Partei sicherstellen ernstlich entschlossen sind.

6. Mit Stolz erklären wir, als Kämpfer einer besseren Zukunft unserer Kirche, daß uns das Verdammungsurtheil der Landessynode nur ein erneuter Antrieb sein soll, mit einer kräftigeren Entwicklung unserer Bestrebungen zum Heile unserer Kirche vorzugeben, dieselbe mit der Kulturerwicklung unserer Zeit zu verbünden, sie in einer volkstümlichen zu gestalten und dadurch die ihr, vornehmlich durch Schuld der herrschenden Partei, entfremdeten Glieder wiederzugeben.

7. Wir protestieren endlich gegen die in der Synode befürwortete engerfüßige und undeutliche Absonderung der hannoverschen Landeskirche von der evangelischen Gesamtkirche Deutschlands und erklären, daß wir im Geiste unserer großen Reformatoren unermüdet für den Aufbau der einen evang. Kirche im geistigen deutschen Reiche kämpfen werden.

8. Gestützt auf dieses unser offenes Bekennen sind wir voller Freude, weil das eigene Herz uns nicht verdammte, und werden in dieser Freiheit mutig Alten denen zur Seite stehen, die unter dem Bannspruch der Synode zu leiden haben sollten."

Wien, 7. März. Der Herausgeber der „Gartenlaube“, Herr E. Keil, veröffentlicht in den hiesigen Journals einen Brief, in dem u. a. folgende Berichtigung der bereits mitgeteilten Angaben des „M. H.“ ausgesprochen wird: 1. Eine deutsche Übersetzung des G. A. 5 1868 ist mir nicht zugegangen, wie ich denn Berichtigungen des Gödöllőartikels von kompetenter Seite überhaupt nicht erhalten habe. 2. Daß eine solche Berichtigung, falls sie mir wirklich zugegangen wäre, in der dritten nach Empfang derselben vyplikirten Nummer der „Gartenlaube“ nicht zum Addruck gelangte, hätte nicht bestreiten können, da bekanntlich mein Blatt in Folge seiner großen Auflage eine Herstellungszeit von mindestens drei Wochen für jede Nummer erfordert. 3. Hat der Unterzeichnete durch persönliche Intervention für seine Sache nicht agitiert, sich auch nicht nach Wien begeben, vielmehr Leipzig seit fast Jahresfrist nicht verlassen, wie er auch zu einer Immediategabe an das Ministerium bisher nicht gegriffen hat! — Wie die „A. Fr. Pr.“ mittheilt, ist von Wien aus das Projekt einer internationalen Nordpol-Expedition angeregt worden, an der sich Österreich, Deutschland, England, Russland, Norwegen und die Vereinigten Staaten beteiligen sollen. Bei dieser Expedition würde es sich nicht sowohl um das möglichst weite Vordringen nach Norden, als vielmehr um die Gewinnung sicherer wissenschaftlicher Beobachtungs-Resultate bezüglich der meteorologischen und magnetischen Erscheinungen unter arktischen Breiten handeln. Der Plan geht dahin, daß jeder Staat ein eigenes Schiff unter einem selbstständigen Kommandanten austüste, daß diese Schiffe nach vorher zu bestimmenden Observationspunkten abziehen und daß dann die im Verlaufe eines Jahres gewonnenen Einzelbeobachtungen auf dem Wege wissenschaftlicher Vergleichung und Bearbeitung verarbeitet werden. Demgemäß hätten an dieser Expedition hauptsächlich Fachgelehrte teilzunehmen. Wie die wiener „Presse“ in Erinnerung bringt, hat der Nordpolfahrer, Linienschiffs-Lieutenant Wehprecht, diesen Plan bereits auf der Naturforscher-Versammlung in Graz ausführlich entwickelt und mitgetheilt, daß österreichischerseits Graf Wilczek ein Fahrzeug zu dem erwähnten Zwecke ausrüsten werde. — Ueber das bereits besprochene Skandalbuch „Fata morgana“, welches, von einer Dame geschrieben, unter dem Pseudonym Paul Siglowsky herausgegeben wurde, verlaufen jetzt einige weitere Mittheilungen, welche geeignet sind, die ersten sensationalen Nachrichten erheblich abzusprechen. Wie der „Sch. Btg.“ geschrieben wird, ist dem Buche, das literarisch als schülerhaftes Machwerk sich kennzeichnet, hauptsächlich durch von Wien nach auswärts versandte Korrespondenzen ein so sensationelles Interesse verliehen worden. Ebenso wenig wie die Verfasserin gehört die Persönlichkeit,

auf die der aus Eifersucht und Neid über private Verhältnisse geschriebene „Roman“ oder, besser gesagt, das „Balzquin“ gemünzt ist, den Hofkreisen an. Letzterwähnte Persönlichkeit ist nämlich der Graf Edelsheim-Gulay, der bekannte, mit der ehemaligen beliebten Schauspielerin Kronau vermählte, tapfere General, und die Verfasserin des Buches ist eine ehemalige, schon seit Jahren, entlassene und nun in Ungarn lebende Gesellschaftsdame der Herzogin von Coburg, Baronin Borsig. Mit den Hofkreisen hat die standlose, die Verfasserin selbst in das schiefste Licht stellende Publikation gar nichts zu schaffen.

Paris, 7. März. Mr. Victor Tissot, dessen Schrift: „Voyage au pays des milliards“ in Frankreich großes Aufsehen gemacht und zahlreiche Auflagen erlebt hat, veröffentlicht soeben unter dem Titel: „Les Prussiens en Allemagne“ eine Fortsetzung jener Sensationschrift. Wenn die neueste Arbeit Tissot's ebenso wie ihre Vorgängerin nur geringe Sachkenntnis verrät, dagegen zahlreiche schiese Urtheile enthält, so sind wir durch den Styl unserer pseudokonservativen, ultramontanen und sozialdemokratischen Organe in Deutschland so Starles gewöhnt, daß die Anstrengungen Tissot's, recht Platzen zu sagen, uns oft nur wie Rosenwasser, gegenüber dem gewöhnlichen Scheidewasser anmuten. Den Willen jedoch, so kostspielig und hämisch zu sein, müssen wir bei Tissot anerkennen und es ist nicht seine Schuld, wenn das deutsche Schimpftuosenhum „ihm über“ ist. — Die „République Française“ erklärte vor einigen Tagen, sie sei gebeten, anzugeben, daß die Nachricht, der Astronom Leverrier habe die Wahl zum Mitgliede der berliner Akademie angenommen, unbegründet sei. Jetzt erfährt man, daß Mr. Leverrier berechtigt war, die erwähnte Nachricht zu dementiren. Es ist nicht Mr. Leverrier, sondern der Mathematiker Liouville, den die berliner Akademie neben Hrn. Charles zum außerordentl. Mitgliede ernannt hat. Mr. Leverrier ist aber, wie die beiden Genannten, schon seit langen Jahren korrespondirendes Mitglied dieser gelehrten Körperschaft und überdies Ritter des rothen Adlerordens. Anstatt des Herrn Leverrier hat also Herr Liouville mit seinem Kollegen Charles die Insurien der pariser Journale zu ertragen. — Bekanntlich ist der Maler Courbet zur Bahlung der Kosten für die Wiederherstellung der Vendôme-Säule verurtheilt worden, die er als

„Minister der schönen Künste“ unter der Commune hatte niedergelegt lassen. Die Ministerien der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten haben den Verkauf des konfiszierten Vermögens Courbets angeordnet. Dieses Vermögen besteht in einer kleinen Meierei im Doubs-Departement, welche einen Werth von 18.000 Frs. repräsentirt, ferner in Rententiteln zum Nominalwerthe von 30.000 Frs., die bei der Bank von Frankreich seit dem Jahre 1869 niedergelegt sind; endlich in einem artistischen Mobiliar, welches das Atelier Courbets schmückt, und in 6 Delibildern. Der Verkauf wird vom 15. bis 20. März teils im Doubs-Departement, teils in der Rue Haute feiße stattfinden und nach dem Voranschlag ungefähr 80.000 Frs. ergeben. Courbet wird also dem Staate noch 200.000 Frs. schuldig bleiben.

— Der frühere Versammlungsraum der Nationalversammlung in Versailles ist nunmehr zu gleichem Zwecke dem Senat überwiesen, vorher aber mit ungemeinem Luxus ausgestattet worden. Die engen und nicht sehr bequemen Bänke, welche den „Kavalern“ als Sitze dienen, sind entfernt, um „molligen“ rothseidenen Armsesseln Platz zu machen und die Seitenräder sind in geräumige Garderoben und luxuriös ausgestattete Toiletten umgewandelt, während ein gegenüber dem Prosenium errichtetes hochfeines Restaurant die leidliche Erquickung der alten Herren übernehmen wird. Für die Journalistik ist gleichfalls aufwendend Sorge getragen, eine mit Säulen verzierte Galerie in den Zeitungsbüros eingeräumt. Der Vorhang, welcher die Söhne von dem Buschraum schied, wird durch ein historisches Gemälde ersetzt werden, über dessen Gegenstand man bis indeß noch nicht schlüssig gemacht hat. Unmittelbar unter dem Zukunftsgemälde wird der Stuhl des Präsidenten stehen und unter diesem die Rednertribüne, ein prachtvolles, aus Rosenholz gefertigtes und zum Theil aus vurem Golde bestehendes Möbelstück. Es ist das nämliche, welches bereits einer ganzen Reihe französischer ersten Kammern als Tribüne gedient hat, dem Rath der Aten, dem Senat des ersten Kaiserreichs, der Bairamer und dem Senat des zweiten Kaiserreichs. Bei dieser Gelegenheit mag erwähnt werden, daß eine ähnliche Relique vergangener Zeiten in der neuen Deputirtenkammer vorhanden sein wird; die Tribüne von welcher die Deputirten sprechen werden, ist dieselbe, von der Robespierre, Danton und St. Just ihre donnernden Reden im Konvent gehalten.

Rom, 5. März. Es scheint jetzt eine ausgemachte Sache, daß Herr Sella während seines Aufenthalts in Wien neben den administrativen Geschäften auch eines zarten Auftrages sich zu entledigen hatte. Als König Viktor Emanuel am Wiener Hofe Gast war, sollen in Familienkreis die ersten Grundlagen für eine Verbindung zwischen dem jungen Herzog von Genua und einer österreichischen Erzherzogin gelegt sein, und nun hätte Quintino Sella daran anknüpfend, den Ehekontrakt wenn nicht zum Abschluß bringen, so doch fördern sollen. Wie weit seine Schritte geführt haben, weiß Niemand, doch dürfte alles in der besten Ordnung und auf dem Wege der Vollendung sein, da man bereits den Namen der österreichischen Prinzessin nennt, welche dem italienischen Prinzen zugesetzt ist. Prinz Tommaso, Herzog von Genua, ist bekanntlich Neffe des Königs und Bruder der Kronprinzessin Margherita (geb. 6. Februar 1854); die ihm zugedachte Gemahlin wäre die Erzherzogin Marie Christine, Tochter des verstorbenen Erzherzogs Karl Ferdinand (geb. 21. Juli 1858). — Wie hier verlautet, gedenkt Graf Ledochowski ebenfalls nur bis nach dem Konsistorium in der Sieghügelstadt zu verweilen, dann aber dieselbe zu verlassen. Wohin er sich dann begeben wird, ist noch nicht bestimmt, oder man hält es womöglich geheim.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 10. März.

r. Der Wasserstand der Warthe betrug heute Morgen 7 Uhr 13 Fuß 6 Zoll, und war emnach seit gestern Morgen um 5 Zoll, und seit dem Tage des höchsten Wasserstandes um 5 Fuß gefallen — Gestern Vormittags wurde die Wallische Brücke durch die Stadt-Baudeputation untersucht, soweit es das jetzige Hochwasser gestattet, und ergab sich dabei, daß ein Pfeiler derselben vom Eis zerstört ist, so daß die Passage für Fuhrwerke weiter inhibiert werden soll. Eine eingehende Revision der Brücke wird später bei niedrigerem Wasserstande erfolgen. — Außer Cybinastrasse hat, wie sich jetzt herausgestellt, das Eis, welches durch die Strömung der Warthe gerade gegen diesen Stadtteil geschoben wurde, bedeutenden Schaden an Obstbäumen, Bäumen und Bäuden angerichtet; einzelne Stallgebäude sind vollkommen zertrümmert.

r. Die Petition, welche in Angelegenheit der Kanalisation unserer Stadt an den Herrn Oberpräsidenten Günther gerichtet worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Ganz gehorsamstes Gesuch eines großen Theils der Bürger des Posens, 1) die von den Stadtverordneten beschlossene Kanalisation der Stadt Boien nicht zu genehmigen; 2) die Schließung der Waterloozu zu befehlen; 3) anordnen zu wollen, daß die Rinnensteine der Oberfläche regulirt und das Grundwasser derselbst durch zweckmäßige Drainage abgeleitet werde. — Die Stadtverordneten Posens haben die Kanalisation aufgenommen, und wollen in nächster Zeit mit der Ausführung beginnen. Die Stimmen der Bürger sind hierbei nicht gehalten und wo sie sich hören lassen, von den Behörden zurückgewiesen worden. Im gemeinsamen Interesse der Einwohner Posens werden wir uns deswegen in Ers. Erzellen, um unsere Beschwerde gegen obigen Beschlüsse vorzutragen. Wir sind gezwungen, gegen die Kanalisation zu protestieren und unterstehen diesen Protest mit folgenden Gründen: I. Gegen die Ausführung der projektierten Kanalisation mit Absatz nach der Warthe spricht Folgendes: a) Dieselbe kommt in Wirklichkeit nur dem oberen Stadtteil, also einem kleinen Bruchtheil der Bewohner Posens zu Gute und belästigt die ganze Stadt mit unerträglichen Abgängen. b) Es geht der Landwirtschaft ein nicht zu unterschätzendes Dünngmittel verloren u. würden die Einwohner Posens sehr durch Vertheuerung der Garten-Erzeugnisse gewahrt werden. c) Die Schiffer sind angewiesen, das Warthe-Wasser als Trink- und Kochwasser zu benutzen, und würden daher auf Weise weit kein brauchbares Wasser haben. d) Bei Hochwasser, wie gerade jetzt, würden naturgemäß der Warthe zugeführte giftige Stoffe zurückfallen, und somit die ganze Stadt verpestet werden, ebenso würde im Hochsommer bei dem gewöhnlich niedrigen Wasserstande der Warthe die Lust dem Ufer verloren entlang weithin mit schädlichen Dünsten erfüllt sein. e) Es steht zu befürchten, daß die in der Warthe lebenden Fische entweder unentzündet werden, absterben oder fortziehen, wodurch den Fischern ihr einzigster Erwerbszweig abgeschnitten würde. f) Die an und für sich kostspielige Kanalisation würde noch dadurch bedeutende Mehrosten nach sich ziehen, da die jetzigen Gas- und Wasser-Röhren umgezogen werden müssen. Ferner ist es unausbleibliche Folge, daß die Kanalisation einen bedeutend größeren Wasserbedarf erfordern und die städtische Wasserleitung anstalt zur Anlage eines neuen Wasserbehälters veranlassen würde.

Will man dagegen das Verschwendungsysteem aufzuheben, so spricht Folgendes dagegen: a) Es gehören hierzu Tausende von Menschen, deren Aufwand bei dem teureren Grund und Boden ungeheure Summen erfordern würde, um so mehr als wir nur zwei Ortschaften Radomowice und Dembina zur Auswahl haben, von denen letztere möglich durch den Einspruch des Militär-Riskus in Wegfall kommen dürfte. b) Bei einer Windrichtung von den Rieselfeldern nach der Stadt würde diese durch die unangenehmen Gerüche ebenso wie Ia ad d' angeführt, verpestet werden. c) Die von den Rieselfeldern gewonnene Erzeugnisse sind erwiesener Maßen für Menschen und Vieh ungünstig, weshalb sich der etwaige Gewinn aus den Feldern auf Null reduzieren würde. d) Die ausgesetzten 400.000 Thlr. dürfen bei diesem Preis um mehr als das Doppelte vermehrt werden müssen, wodurch die Stadt Boien, die in ihren Einnahmequellen lediglich auf die Intelligenz ihrer Bürger und auf den Dienst der Arbeit angewiesen ist, an den finanziellen Ruin gebracht wird. e) Nach zuverlässigen Mitteilungen aus Danzig ist seit der Kanalisation derselbst die Stadt mit einer entsetzlichen Abgabenlast überburdet; außerdem sind trotz dem Jahr 100.000 Thlr. Reparaturen notwendig geworden, welche hauptsächlich durch Pläne des Hauptbahnhofs in Folge des Frostes entstanden sind. Danzig hat in den Dünen den natürlichen Versiegelungsort und die See hinter sich, trotzdem hören in den, den Rieselfeldern nahe gelegenen Ortschaften die Epidemien nicht auf und die Sterblichkeit ist in steigendem Grade. Dieselbe Sterblichkeitszunahme tritt bei den Rieselfeldern bei Barnim in dem Orte Gennweiniers hervor, wie aus einem Aufzage des „Dresdner Anz.“, welchen wir uns beigelegt ganz gehorsam erlaubten, hervorgeht. II. Die Schließung der Klosets dürfte wohl um so mehr begründet sein, als a) nur wenige Klosets anlagen es sind, welche die Stadt verpestet und zur Anlage der Kanalisation drängen; b) die Hausbesitzer wohl den Konsens zur Anlage von Klosets erhalten haben, ohne dieswegs aber die Erlaubnis erhielt worden ist, den Unrat nach der Straße abzuführen; im Gegenteil ist derselben im Konsens nach dem Ende die sofortige Schließung der Klosets angeordnet worden. — III. Es liegt auf der Hand, daß für die Oberstadt in Betriff der Regulirung der Rinnensteine und der Ablösung des Grundwassers etwas geschehen muß, weshalb wir für das Erste die Rinnensteine und theirweise Verlegung der Ecken, für das Letzte Verlegung der Drains, und die Drainage ganz gehorsamt vorzuschlagen uns erlauben. Für diese Anlagen sind wir bereit, die nöthigen Opfer zu bringen. Wenn man das Wasser, welches jetzt zur Spülung der Waterloten verwendet wird, dazu benutzt, die Rinnensteine öfters zu spülen, so würden alle schädlichen Gerüche nach vollständiger Regulirung der Rinnensteine beseitigt werden. — Ganz gehorsamst das von der Volksversammlung

sicher Korrespondent über die Audienz Ledochowskis beim Papste. Am 3. Abends wurde der Kardinal durch einen päpstlichen Kammerherrn zum Vater eingeladen. Der Kardinal eute sahn und Papst IX. hielte ihn lange mit unaussprechlicher Freude in seiner Umarmung. „Als seinem väterlichen Freunde in seiner Umarmung“, schreibt man dem „Kurier“, ergossen sich Freudenworte, worauf er ihn über die Einzelheiten seiner Gefangenshaft und seiner Reise befragte. So oft jedoch der Kardinal dabei bis zu Thränen gerührt wurde, ging der heil. Vater auf einen anderen Gegenstand über, um ihn nicht zu mauren.“ Vom Papste inrig verabschiedet begab sich Ledochowski zum Kardinal Antonelli, den der Korrespondent des „Kurier“ als großen Freund Ledochowskis hinstellte. Am andern Tage (4. d' M.) empfing Ledochowski viele Besuche von Kardinälen und römischen Großen; auch empfing er das kolnische Kollegium zusammen mit dem Orden der Neurevolutionisten, in deren Räumen ihn der Ordensgeneral Semenenko begrüßte. Ledochowski erhielt die Jugend zur Ausdauer und zur Vorbereitung für den großen Kampf nicht so bald beendet werden, sagte der Kardinal, er wird noch lange dauern.“ Hierauf ließ er sich die einzelnen Anwesenden vorstellen und sprach mit jedem in herzlicher Weise.

— Der polnisch-ländwirtschaftliche Zentral-Verein für die Provinz Posen nahm in seiner Sitzung vom 7. d. M. unter anderem auch folgenden, von dem Redakteur des „Dienstes Posen“ Herrn Dobrowolski gestellten Antrag an: „Die Regierung möge unter dem Schilde politischer Tendenzen, welche sie unseren ländwirtschaftlichen Vereinen nachsagt, dieselben nicht ausnahmsweise behandeln. Herr Dr. v. Niegolewski brachte zur Sprache, daß die Regierung eine ländwirtschaftliche Schule in der Provinz errichten wolle und regte die Frage an, wie sich die Polen demgegenüber verhalten sollten. Herr v. Niegolewski stellt den Antrag, daß der Vorstand des Vereins mit der Regierung in Verhandlungen treten solle, um diesen mitzutheilen, daß man ihr bei der Errichtung einer solchen Schule nicht im Wege stehen werde, im Falle dass die Schule einige Gegenstände in polnischer Sprache vorgetragen würden. Im entgegengesetzten Falle soll man aus den für die ländwirtschaftliche Schule von Zabłotow bestimmten Geldmitteln eine polytechnische Schule gründen. Hieran knüpft sich eine kurze Debatte, indem sich Herr Dr. Au. Dirsch der Schule zu Zabłotow, für Verhandlung, und regte die Frage an, wie sich die Polen demgegenüber verhalten sollten. Herr v. Niegolewski stellt den Antrag, daß der Vorstand, um die Errichtung einer ländwirtschaftlichen Schule nicht im Wege stehen werde, im Falle dass die Schule einige Gegenstände in polnischer Sprache vorgetragen würden. Im entgegengesetzten Falle soll man aus den für die ländwirtschaftliche Schule von Zabłotow bestimmten Geldmitteln eine polytechnische Schule gründen. Hieran knüpft sich eine kurze Debatte, indem sich Herr Dr. Au. Dirsch der Schule zu Zabłotow, für Verhandlung, und regte die Frage an, wie sich die Polen demgegenüber verhalten sollten. Herr v. Niegolewski stellt den Antrag, daß der Vorstand, um die Errichtung einer ländwirtschaftlichen Schule nicht im Wege stehen werde, im Falle dass die Schule einige Gegenstände in polnischer Sprache vorgetragen würden. Im entgegengesetzten Falle soll man aus den für die ländwirtschaftliche Schule von Zabłotow bestimmten Geldmitteln eine polytechnische Schule gründen. Hieran knüpft sich eine kurze Debatte, indem sich Herr Dr. Au. Dirsch der Schule zu Zabłotow, für Verhandlung, und regte die Frage an, wie sich die Polen demgegenüber verhalten sollten. Herr v. Niegolewski stellt den Antrag, daß der Vorstand, um die Errichtung einer ländwirtschaftlichen Schule nicht im Wege stehen werde, im Falle dass die Schule einige Gegenstände in polnischer Sprache vorgetragen würden. Im entgegengesetzten Falle soll man aus den für die ländwirtschaftliche Schule von Zabłotow bestimmten Geldmitteln eine polytechnische Schule gründen. Hieran knüpft sich eine kurze Debatte, indem sich Herr Dr. Au. Dirsch der Schule zu Zabłotow, für Verhandlung, und regte die Frage an, wie sich die Polen demgegenüber verhalten sollten. Herr v. Niegolewski stellt den Antrag, daß der Vorstand, um die Errichtung einer ländwirtschaftlichen Schule nicht im Wege stehen werde, im Falle dass die Schule einige Gegenstände in polnischer Sprache vorgetragen würden. Im entgegengesetzten Falle soll man aus den für die ländwirtschaftliche Schule von Zabłotow bestimmten Geldmitteln eine polytechnische Schule gründen. Hieran knüpft sich eine kurze Debatte, indem sich Herr Dr. Au. Dirsch der Schule zu Zabłotow, für Verhandlung, und regte die Frage an, wie sich die Polen demgegenüber verhalten sollten. Herr v. Niegolewski stellt den Antrag, daß der Vorstand, um die Errichtung einer ländwirtschaftlichen Schule nicht im Wege stehen werde, im Falle dass die Schule

—g. Die provinzialständische Kommission zum Beirath bei der Verwaltung des Chaussee- und Wegebaus in der Provinz war am 24. Februar d. J. zusammengetreten; sie revidierte und begleitete Rechnungen der Provinzial-Institut-Kasse, prüfte und stellte die Staats über die Unterhaltung- und Verwaltungskosten für die Provinzial- und Staats-Chausseen im Jahre 1876 fest und verzeichnete gelündigte und eingelöste Provinzial-Obligationen, realisierte aus Coupons und eingegangene Talons. Die Kommission beschloß 1. über die Verzichtleistung auf eine der Provinz zustehende Entschädigung für den nicht ausgeführten Bau eines Chausseegeld-Erheber-Hauses im Kreise Schildberg; 2. über den Antrag, die imuge der Bismarck-Treitgeler Provinzial Chaussee liegende Pfasterstraße in Neustadt b. P. gegen Auszahlung eines Entschädigungs Kapitals fernerhin von der Provinz unterhalten zu lassen; 3. über die Verpackung und Vermietung der Chausseegeld-Erheberhäuser in Ostiel und Marlowitz; 4. über die Unterweitung von je vier Chaussee-Aufsieben in Kolomna und Gnesen in der Behandlung der Baumplanungen auf Provinzialosten; 5. über die Bewilligung von Geldmitteln für die in Staats pro 1875 nicht vorgelegten Chausseebauten auf den Provinzial-Chausseen a) Rawitsch-Pafosch und Montoy-Gocanow, b) Chausseen im Kreise Wirsitz, c) der Chaussee Posen-Schönlanke, d) der Chaussee im Kreise Schubin, e) der Chaussee Walownica-Barlach, f) den Chausseen im Kreise Kröben und g) der Chaussee Noworazlaw-Krusowitz; 6. über die im Winter 1874/75 im Regierungsbezirk Bromberg aufgemachten außerordentlichen Kosten für Schneeräumungsarbeiten; 7. über die rechtzeitige Beschaffung der Materialien zur Unterhaltung der Chausseen pro 1876 im Regierungsbezirk Bromberg; 8. über die Festsetzung des Chausseegeldes für den Lokomotiv-Transport von Braunkohlen auf den Provinzial-Chausseen von Bromberg nach Crone und Tordon, sowie über die Armierung der Lokomotiv-Triebräder; 9. über die Bewilligung eines Beitrages zu dem Ankaufe der Staatsberechtigung der Wassermühle zu Janowitz aus dem Fonds der Provinzial Chaussee-Bewaltung; 10. über die Genehmigung des mit dem Dominium Kobeln abgeschlossenen Vertrages wegen Ausführung einer massiven Brücke auf der Inowrazlaw-Schlesischer Provinzial-Chaussee und 11. über die Bewilligung zur Vorleistung befreit Beschaffung von Nähmaschinen für die hiesigen Staats Chaussee-Aufsieben. Die Kommission beschloß ferner über Anträge, Prämien für Chausseebauten den Kreisen Bromberg, Kosten, Posen, Buk, Kröben, Kratoschin, Adelau und Pleßamt, zu bewilligen. Normalerstmäßig sind für diesen Zweck im Regierungsbezirk Bromberg 96,000 M., im Posener 192,000 M. zu verwenden. Außerordentlich sind für diesen Zweck in diesem Jahre noch 300,000 M. bewilligt worden. Die Kommission beschloß endlich auch über Anträge, den Kreis- und Gemeinde-Wegebau in der Stadt Polnisch-Crone; im Kreise Chodschefen, in der Stadt Gornikau, im Kreise Noworazlaw und Schubin in der Stadt Friedheim, im Kreise Wongrowitz, in der Stadt Kempen, Schwerin a. B. und im Kreise Wondrowitz zu unterstützen. Vom Provinzial-Landtag sind für diesen Zweck 100,000 M. zur Verfügung gestellt und entfallen davon auf den Regierungsbezirk Posen 60,000 M., Bromberg 40,000 M.

V. Buz, 7. März. [Nachträglich geschlossene Zivilberufung.] Ein vor ungefähr 2 Jahren während der Amtur der nicht staatlich anerkannten Bilare Warminski und Barcikowski kirchlich getrautes Ehepaar hat die Erteilung der Zivile bei dem hiesigen Standes-Amte nachgesucht, da das Gericht bei einer Erbschafts-Regulierung die geschlossene Ehe nicht für gültig erklärt hat. — Am 15. v. Mts. starb die Ehefrau des Buzius Stosz in dem ½ Meile von hier entfernten Dorfe Bojnowic und wurde auf dem hiesigen katholischen Kirchhof beerdigt. Inzwischen wurde sich das Gericht verbreitet, die Frau sei nicht eines natürlichen Todes, sondern durch Vergiftung um's Leben gekommen. Auf die Anklage der Staatsanwaltschaft in Grätz erstatteten Anzeigen, wurde die Untersuchung der Leiche angeordnet und traf zu diesem Buhne eine Untersuchungskommission heute hier ein. Die Leiche wurde ausgegraben, nach dem städtischen Krankenhaus geschafft, wo die Obduktion erfolgte. Wie verlautet ist in den Eingeweihten Blaufäuren gefunden worden, und nahm die Untersuchungskommission einzelne Theile der Eingeweide wieder nach dem katholischen Kirchhof geschafft und beobachtet. Wer Schuld an dem Tode hat, ist bis jetzt nicht festgestellt worden. Der Chemist der Verstorbenen soll selbst die Anzeige der Staatsanwaltschaft gemacht und die Untersuchung beantragt haben, welche im Umlauf waren, ihn als den Schuldigen erachteten.

t. Buz, 7. März. [Landwirtschaftliches.] Seit einigen Jahren sind in hiesiger Gegend Verluste mit Hopfenbau gemacht worden. Dieselben haben ein äußerst günstiges Resultat ge liefert, so daß nunmehr die Hopfenanlagen allenthalben vermehren Hopfenbauer befürden, daß der Boden der Umgegend vielfach zum Hopfenbau geeignet ist und die bisher gewonnene Ware sowohl quantitativ als qualitativ sehr zufriedenstellend war. — Nachdem sich das Wasser von den Feldern, mit Ausnahme der sehr tief liegenden, verzogen hat, läßt sich erkennen, daß das Aussehen der Wintersäaten auf hohen und mittelhohen Feldern ein recht befriedigendes ist. Die niedrigsten Felder haben allerdings enorm gelitten. Besonders traurig erscheinen die Käferschäden, dieselben sind, bei ihrer gewöhnlich rücksichtigen Lage, unter dem Wasser und Schnee öfter ausgefault.

Staats- und Volkswirtschaft.

Paris, 9. März. Bankausweise:	
Baurohr	27,708 000 Frs.
Guthaben des Staatschafes	541 000
Kaufende Rechn. der Privaten	26,656,000
Abnahmen	
Portes der Hauptb. u. d. Filialen	21,715,000
Gesamt-Borschüsse	625,000
Notenumlauf	23,160,000
Total-Reserve	12,153,292 Pfd. St.
Notenumlauf	26,389,345
Baurohr	23,542,637
Portesfeuer	21,429,203
Guth. d. Priv.	18,308,886
d. Staats	10,566,834
Notenreserve	11,020,225
Heizungen	13,853,215
Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven:	41½ p.C.
Clearinghaus-Umlauf 93 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Abnahme 15 Mill.	

Vermissches.

* Das Geburtshaus der Königin Louise. Über das Haus Hannover in dem am 10. März 1776 Königin Louise von Preußen geboren wurde, gibt ein Volkshistoriker im „Hann. Tagbl.“ ausführliche Mittheilungen, denen wir einige Notizen entnehmen. Hinter dem Reithaus auf dem Wall lag vor einigen Jahrzehnten eine offene Sommer-Reithaus, welche früher ein Obst- und Gemüsegarten gewesen war. Überhalb dieser Sommer-Reithaus erhob sich eine Anhöhe, ein Überbleibsel von dem alten Wall und den alten Festungsgebäuden. Auf dieser Anhöhe stand ein herrschaftliches Lusthaus, das im Anfang des 17. Jahrhunderts von dem General v. Weyden erbaut und daher Weyden-Laube genannt wurde. In demselben ist die Wohnung verschiedener angesehener Personen gewesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedene angesehene Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v. Spörken und mehrerer Minister, ebenso vom Könige zur Sommerwohnung bewilligt war. So hatte der König Georg III. auch dem Herzog Karl von Mecklenburg zur Verwendung verschiedener angesehener Personen gewiesen, so der Gräfin Darmouth, des Feldmarschalls v

